

EIN EUROPA

FÜR
ALLE

EFA – Programm für die Europawahlen 2024

Genehmigt vom EFA – Büro am 22/09/2023

Ratifiziert durch den EFA – Kongress am 13/10/2023



European
Free
Alliance

WIR BAUEN EIN EUROPA

FÜR
ALLE

VORWORT

Die Europäische Freie Allianz (EFA) ist die einzige europäische politische Partei, deren Grundprinzip die Selbstbestimmung ist. Wir sind ein Bündnis von 41 Parteien, die staatenlose Nationen, Regionen und Minderheiten in ganz Europa vertreten. Wir stehen für menschliche, bürgerliche und politische Rechte, das Subsidiaritätsprinzip sowie kulturelle und sprachliche Vielfalt. Wir lassen nicht zu, dass Grundrechte und Grundfreiheiten ausgehöhlt oder angegriffen werden. Wir glauben, dass die europäische Demokratie selbstbewusster und widerstandsfähiger werden muss. Zusammen mit der Rechtsstaatlichkeit und den Grundrechten und Grundfreiheiten der EU bildet die Demokratie das Fundament der europäischen Gesellschaft. Wir wollen ein Europa für alle Völker, Nationen, Minderheiten und Regionen aufbauen – nicht nur für die mächtigen Zentralstaaten und ihre Mehrheitsinteressen.

Im Juni 2024 werden die europäischen Wähler über die Richtung der EU für die nächsten fünf Jahre entscheiden. Diese fünf Jahre werden turbulent und unsicher sein, mit vielen Herausforderungen, denen wir als Kontinent gemeinsam begegnen müssen. Aber sie werden auch eine Gelegenheit bieten, die EU so umzugestalten, dass sie ihre wahre Vielfalt besser widerspiegelt und allen ihren Völkern eine Stimme gibt.

Seit den letzten Europawahlen im Jahr 2019 gab es große Veränderung, die das Leben jedes Europäers beeinflusst haben. Eine globale Pandemie zwang uns zum Lockdown, mit den damit einhergehenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen. Das Vereinigte Königreich ist aus der EU ausgetreten. Die Korruptionsskandale von „Katargate“ und „Moroccogate“ haben das öffentliche Vertrauen in EU-Politiker und Politikerinnen erschüttert, während die Pegasus-Enthüllungen gezeigt haben, in welchem Ausmaß Staaten ihre politischen Feinde ausspionieren. Und vor allem ist mit der brutalen Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation der Krieg auf unseren Kontinent zurückgekehrt.

In jedem dieser Fälle war die Reaktion zumindest teilweise europäisch. Lösungen auf

europäischer Ebene sind die angemessene Antwort auf globale Herausforderungen. Aber jeder Teil Europas hat seine eigenen, einzigartigen Bedürfnisse, und eine zentralisierte Union wird nicht in der Lage dazu sein, die Bedürfnisse ihrer Bürger zu verstehen und ihnen gerecht zu werden. Für EFA müssen Demokratie und Dezentralisierung Hand in Hand gehen.

Derzeit ist die Demokratie der EU noch unvollständig. Dies wurde besonders deutlich, als sie keine Antwort auf die Bestrebungen einiger europäischer Nationen nach Selbstbestimmung hatte. Ist die EU eine echte Union ihrer Bürger und Bürgerinnen oder nur ein „Klub der Nationalstaaten“? Diese Frage wird bestehen, egal wie unbequem sie für etablierte Staatsinteressen ist. Ganz im Gegenteil: Die Bürger und Bürgerinnen und Völker Europas erheben ihre Stimme, und sie wollen gehört werden.

Im Juni 2024 haben sie die Gelegenheit, diese Stimme zu nutzen. Aber es wird nicht ausreichen, den etablierten politischen Kräften, die jede Gelegenheit verpasst haben, einen echten Wandel in Europa herbeizuführen, einfach ein weiteres Mandat zu erteilen. Um die Europäische Union in die Lage zu versetzen, allen ihren Bürgern eine Stimme zu geben, ist es dringend erforderlich, dass jedes Volk, jede Region und jede Minderheitengemeinschaft gestärkt wird.

Wir wollen eine starke, entschlossene und effektive Union. Eine Union, die sich auf ihre Stärken konzentriert, die ein besseres Europa schafft, die Mehrwert für alle generiert, und die von unten nach oben aufgebaut wird.

Wir arbeiten auf EU-Ebene zusammen, wenn daraus ein Mehrwert entsteht. Andere Kompetenzen sollten auf lokaler demokratischer Ebene bleiben. Die einzigartige Mischung der EU aus intergouvernementaler Zusammenarbeit und dem Gemeinschaftskonzept auf europäischer Ebene ist ihre Stärke. Dafür steht EFA: ein politisches Modell, das seine Völker und ihre Interessen wirklich widerspiegelt. Ein Modell, das ihnen Repräsentation, Beteiligung und Hoffnung schenken kann.

Wir wollen ein Europa, das für alle funktioniert.



DEMOKRATIE

Diese Wahl ist ein Wendepunkt für Europa. Ihr Ergebnis wird die zukünftige Richtung eines ganzen Kontinents bestimmen – im positiven wie im negativen. Es ist wichtig, dass jede*r in diese Entscheidung einbezogen wird.

Doch derzeit werden in der EU nur wenige Stimmen gehört. EFA war schon immer davon überzeugt, dass das europäische Projekt auf der Vielfalt seiner Völker basieren muss: Sie kann sich nicht länger mit einer Union zentralisierender Staaten

↙ **DIE ANERKENNUNG DES DEMOKRATISCHEN SELBSTBESTIMMUNGSRECHTS.**

zufriedengeben, die nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Manche Stimmen – etwa die von Nationen und Minderheiten, die keinen eigenen Staat haben – sind nicht Teil

dieses staatszentrierten Systems. Und letztendlich ist die EU nur so demokratisch wie ihre Mitgliedstaaten – von denen viele nicht in der Lage oder nicht willens sind, die Wünsche ihrer Bürger und Bürgerinnen angemessen zu vertreten.

Wir brauchen ein ganz anderes Europa: ein Europa, das neue Staaten, neue Strukturen und neue Formen der Einbeziehung von Minderheiten und Stimmen zulässt, die derzeit ausgeschlossen sind. Wir brauchen die Bereitschaft und den Willen, uns ein neues Europa vorzustellen.

Dazu muss vor allem die Anerkennung des demokratischen Rechts auf Selbstbestimmung gehören. Dieses im Völkerrecht verankerte Recht ermöglicht es allen Völkern, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, und beinhaltet einen institutionellen Rahmen, der sie stärkt. Hierzu zählen die Anerkennung ihrer sprachlichen und kulturellen Rechte, die Achtung des Subsidiaritätsprinzips sowie eine größere Autonomie oder Unabhängigkeit. Wir unterstützen alle demokratischen und friedlichen Mittel, um diese Ziele zu verfolgen.

In den Fällen, in denen die Durchsetzung dieser Rechte innerhalb bestehender staatlicher Rahmenbedingungen aufgrund von staatlichen Blockaden als unmöglich erscheint, sollte die EU eine Rolle bei der Suche nach einem Kompromiss spielen. EFA-Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben einen Gesetzesvorschlag für eine EU-Verordnung zu diesem Thema erarbeitet und vorgelegt. Der Entwurf zeigt, wie die EU vermitteln kann, um sicherzustellen, dass die Rechte der Völker, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden,

ausgeübt werden können, auch wenn der Staat dagegen ist. Dies beweist, dass es auch im Rahmen der derzeitigen EU-Kompetenzen möglich ist: Es ist keine Vertragsänderung erforderlich.

Im Europäischen Parlament streben wir die Abschaffung aller unfairen Hindernisse in Bezug auf die Wahlbeteiligung an. In vielen europäischen Ländern werden Sperrklauseln genutzt, um kleineren Parteien die politische Repräsentation zu erschweren – in manchen Fällen eine bewusste Taktik, um nationale Minderheiten oder regionale Bewegungen auszuschließen. Dies muss ein Ende haben.

Die Wahlkreise des Europäischen Parlaments sollten die regionale Vielfalt innerhalb der Staaten widerspiegeln. Es ist absurd, dass große Staaten wie Spanien oder Frankreich aus einem einzigen Wahlkreis bestehen, obwohl es innerstaatlich eine große Vielfalt gibt, einschließlich staatenloser Nationen, denen eine politische Vertretung völlig verweigert wird. Diese europäischen Mega-Wahlkreise müssen in kleinere Gebiete eingeteilt werden, die den lokalen Interessen und Identitäten besser entsprechen.

↘ EIN MÄCHTIGERES EUROPÄISCHES PARLAMENT, EINE RECHENSCHAFTSPFLICHTIGE EUROPÄISCHE KOMMISSION UND EINE STÄRKERE STIMME FÜR ALLE.

Das Europäische Parlament muss ein direktes legislatives Initiativrecht erhalten. Derzeit hat nur die Europäische Kommission dieses Recht, mit dem Ergebnis, dass viele Vorschläge auf einem technokratischen Zentralismus basieren und nicht auf den Bedürfnissen und Wünschen der Regionen und Völker Europas.

Als Gegengewicht zum Einfluss der Mitgliedstaaten und um sicherzustellen, dass alle Teile Europas eine formelle Vertretung im EU-System haben, streben wir eine Reform des Europäischen Ausschusses der Regionen an. Anstatt nur ein beratendes Gremium ohne wirkliche Befugnisse zu sein, sollte er die Möglichkeit haben, die europäische Gesetzgebung zu beeinflussen und zu ändern.

Der Präsident der Europäischen Kommission muss demokratisch gewählt werden, basierend

auf einem Vorschlag des Europäischen Parlaments.

Der Katargate-Skandal hat gezeigt, dass wir mehr Transparenz in allen europäischen Institutionen brauchen. Es darf keine Toleranz gegenüber Korruption geben. Darüber hinaus haben die Pegasus-Enthüllungen gezeigt, dass Regierungen in einigen Mitgliedstaaten Oppositionspolitiker*innen, Journalist*innen und viele andere, unrechtmäßig ausspionieren. Überwachung darf in europäischen Demokratien nur unter richterlicher Aufsicht geschehen und muss stets im Einklang mit den Grundrechten stehen.

Es gibt bereits einige Instrumente, mit denen Bürger und Bürgerinnen ihre Anliegen direkt an die EU richten können, aber sie sind noch fehlerhaft. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) beispielsweise ist ein Instrument, das es Bürgern ermöglicht, eine Petition für einen Gesetzesvorschlag einzureichen, wenn sie eine Million Unterschriften erhält. Allerdings ist es der Kommission in vielen Fällen nicht gelungen, wirksame Folgemaßnahmen zu ergreifen.

Beispielsweise ist es aus demokratischer Sicht problematisch, dass der die Kommission sich weigerte geweigert hat, im Rahmen der Minority SafePack-Initiative tätig zu werden, trotz der Forderungen von drei Vierteln

des Europäischen Parlaments, mehrerer nationaler und regionaler Parlamente und Regierungen. Die EBI muss reformiert werden, um ihren Zweck wirklich zu erfüllen. Darüber hinaus sollte die Kommission verpflichtet werden, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen.

Schließlich muss die EU die jungen Europäer*innen proaktiv in die politischen Entscheidungsprozesse einbeziehen. Der Schwerpunkt sollte darauf liegen, den Zugang der europäischen Jugend zum politischen System zu verbessern. Zusätzlich sollte die Union eine Jugendperspektive in alle Politikbereiche und Regierungsebenen integrieren. EFA unterstützt die Einführung eines „EU-Jugendtests“, wie er vom Europäischen Jugendforum vorgeschlagen wurde. Dieser soll sicherstellen, dass die Anliegen und Bedürfnisse junger Menschen systematisch im gesamten Gesetzgebungsprozess der EU berücksichtigt werden.



↘ EINFÜHRUNG EINES BESONDEREN STATUS FÜR INSELN IN DIE EU-GESETZGEBUNG.

Europa umfasst weit mehr als nur seine 27 Mitgliedsstaaten. Es repräsentiert die ganze Vielfalt innerhalb dieser Staaten: staatenlose Nationen, die ihre Unabhängigkeit noch nicht erlangt haben; sprachliche, historische und kulturelle Minderheiten, die neben der Mehrheitsbevölkerung leben; historische Regionen mit starken und einzigartigen Identitäten; und vieles mehr.

Darüber hinaus umfasst es alle die unterschiedlichen Menschen, die unsere Gesellschaften ausmachen, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrem Geschlecht, ihrer Sexualität, ihrer Altersgruppe oder ihrer sozialen Herkunft. Wenn die europäische Politik nicht all diese unterschiedlichen Stimmen einbezieht, ist sie nicht wirklich demokratisch und spiegelt die Gemeinschaften, in denen wir leben, nicht angemessen wider. EFA setzt sich für die Menschenrechte aller Europäer*innen ein, unabhängig davon, wer sie sind.

Europas Geografie ist ebenso vielfältig wie seine Bevölkerung. Dazu gehören sowohl dicht besiedelte städtische Gebiete und ländliche Regionen, in denen die Entvölkerung eine große Herausforderung ist. Jeder Ort ist einzigartig und es gibt keine einheitliche Lösung für alle Herausforderungen. Der EU-Gesetzgebungsprozess muss transparenter gestaltet werden und eine stärkere Beteiligung von der Basis bis zur höchsten Ebene fördern. Zuverlässige Folgenabschätzungen müssen die Auswirkungen auf nationaler und regionaler Ebene angemessen berücksichtigen. Für die EFA ist es von grundlegender Bedeutung, dass die gesamte EU-Politik bei ihrer Umsetzung die spezifischen Bedürfnisse jeder Region berücksichtigt.

Das gilt insbesondere für Standorte, die aufgrund ihrer geografischen Lage besonderen Herausforderungen gegenüberstehen. Die besonderen Bedürfnisse der europäischen Inselgemeinden liegen der EFA besonders am Herzen. Inseln stehen vor logistischen und infrastrukturellen Herausforderungen, die den Gemeinden auf dem Festland unbekannt sind, und dürfen nicht zurückgelassen oder benachteiligt werden. EFA fordert die Einführung eines Sonderstatus für Inseln in das EU-Recht, der zusätzliche Unterstützung, Finanzierung und Ausnahmen

VIELFALT

↘ EINRICHTUNG EINES EUROPÄISCHEN OMBUDSMANNES FÜR MINDERHEITENRECHTE

ermöglicht, um denjenigen zu helfen, die auf Inseln leben. Weitere Bereiche, die besondere Aufmerksamkeit erfordern, sind abgelegene, Rand- und Bergregionen, in denen Infrastruktur und Landwirtschaft ebenfalls vor besonderen Herausforderungen stehen. Grenzregionen haben auch spezifische Bedürfnisse: EFA glaubt an den Aufbau eines starken grenzüberschreitenden Kooperationsmechanismus in der EU und mit den Nachbarländern.

Die EU-Institutionen erkennen derzeit 24 Amtssprachen an. Die Realität ist jedoch, dass im gesamten EU-Gebiet Hunderte von Sprachen und Dialekte gesprochen werden. Einige dieser Sprachen werden von mehr Menschen gesprochen als einige der anerkannten EU-Amtssprachen. Die Liste der EU-Amtssprachen spiegelt daher die Interessen und Identitäten der Staaten wider, nicht die wahre Sprachenvielfalt Europas. EFA setzt sich dafür ein, dass im Europäischen Parlament viel mehr Sprachen verwendet werden dürfen, und für das Recht der EU-Bürger*innen, in ihrer Muttersprache an die EU-Institutionen zu schreiben. Dies ist weder unpraktisch noch übermäßig teuer: Der Europäische Ausschuss der Regionen verfügt bereits über ein System, das es seinen Mitgliedern ermöglicht, bei entsprechender Vorankündigung auf Katalanisch, Galizisch und Baskisch zu sprechen.

Die EU muss auch die Rechte historischer nationaler Minderheiten respektieren und schützen. Derzeit werden Minderheitenrechte fast vollständig den Mitgliedstaaten überlassen, was oft dazu führt, dass diese Rechte verletzt oder sogar die Anerkennung von Minderheiten verweigert wird. EFA schlägt die Einrichtung eines Europäischen Ombudsmanns für Minderheitenrechte vor. Dieses wäre befugt, die Einhaltung der Charta der Regional- und Minderheitensprachen sowie des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten durch die Mitgliedstaaten zu untersuchen und Empfehlungen abzugeben.

Die Flüchtlings- und Migrationsströme nach Europa haben die Union vor beispiellose Her-

ausforderungen gestellt. Kein Mitgliedstaat ist allein in der Lage, diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Durch Zusammenarbeit können wir eine gemeinsame europäische Antwort formulieren. Diese Reaktion sollte auf humanitären Grundsätzen und internationalem Recht basieren und darauf abzielen, sichere und legale Migrationsrouten zu entwickeln.

In den letzten Jahren wurden in der EU Fortschritte zur Gleichstellung der Geschlechter gemacht, aber bis zur vollständigen Gleichberechtigung ist es noch ein weiter Weg. Es bedarf weitere Rechtsvorschriften zur Stärkung und zum Schutz von Frauen. Um dies zu erreichen, müssen Frauen gehört werden. Im Jahr 2022 betrug der weltweite Anteil von Frauen in nationalen Parlamenten 26,2% – ein Anstieg gegenüber 22,4% im Jahr 2015. Doch bei diesem Tempo wird es weitere 40 Jahre dauern, bis Frauen und Männer in nationalen Parlamenten gleichermaßen vertreten sind. Im Europäischen Parlament waren in der Wahlperiode 2019–2024 knapp über 40% der Europaabgeordneten Frauen – immer noch deutlich unter der Parität. Die Bewältigung dieser Situation würde die Legitimität der europäischen Institutionen erhöhen und gleichzeitig die demokratische Kluft zwischen ihnen und den Bürgern schließen. Es würde auch die Effizienz und Reaktionsfähigkeit der EU-Politik verbessern und besser auf die Bedürfnisse von Frauen eingehen.

Wir müssen jedoch erkennen, dass die Unterrepräsentation von Frauen nicht nur eine rechtliche Angelegenheit ist, sondern auch ein Ergebnis kultureller und sozialer Normen, die Geschlechterstereotypen schaffen und aufrechterhalten. Die EU, ihre Mitgliedstaaten und die Medien müssen verstärkt Maßnahmen ergreifen, um die Mentalität in Bezug auf die Rolle der Frau zu ändern und gegen kulturelle Stereotypen vorzugehen.

Die Rechte von LGBT-Personen sind ein weiterer Eckpfeiler der Menschenrechte. Die Verfolgung und Dämonisierung von LGBT-Personen in vielen Teilen Europas geht über rechtliche Diskriminierung hinaus. Aus diesem Grund verurteilen wir Hassreden und sind der festen Überzeugung, dass Diskriminierung oder Verfolgung niemals zulässig sein sollten.

NACHHALTIGKEIT

FÜR
ALLE

- **FLEXIBLE EUROPÄISCHE RECHTSVORSCHRIFTEN, DIE VON FALL ZU FALL PRAGMATISCHE LÖSUNGEN ZULASSEN, DIE NACHHALTIGEN PRAKTIKEN DER LANDWIRTE UNTERSTÜTZEN UND LOCALE MÄRKTE FÖRDERN.**

Der „Green Deal“ und der Industriepan der Europäischen Kommission haben Europa an die Spitze eines globalen Vorstoßes für eine ökologisch nachhaltigere Zukunft, einen einfacheren Regulierungsrahmen, einen schnelleren Zugang zu Finanzmitteln, die Erweiterung von Kompetenzen und die Verbesserung des Handels gebracht. EFA unterstützt den Green Deal grundsätzlich, da wir gemeinsam gegen den Klimawandel vorgehen müssen. Wir befürchten jedoch, dass der zentralisierte Top-Down-Ansatz unverhältnismäßige soziale und wirtschaftliche Auswirkungen auf bestimmte Sektoren und Regionen hat. Vor allem müssen wir die Integrität des Binnenmarktes und die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU wahren.

Eine nachhaltige Transformation ist für die Sicherheit unseres Planeten unerlässlich. Jedoch müssen die Menschen und Unternehmen mitgenommen werden. Für uns ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Last der Bewältigung der Umweltkrise nicht übermäßig auf den einzelnen Bürger oder Bürgerin und Kleinbetriebe bzw. Landwirte lastet und gerecht auf die Regionen Europas verteilt wird. Wir fordern spezielle Anpassungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie für abgelegene, ländliche oder periphere Regionen, insbesondere Inseln.

↘ **ANERKENNUNG DER LANDSCHAFT ALS TEIL DES IMMATERIELLEN KULTURERBES DER VÖLKER EUROPAS VON EUROPA.**

Landwirte benötigen klare Regelungen sowie Zeit und Vertrauen, um ihre Betriebe an nachhaltige Modelle anzupassen. Diese Richtlinien können nicht einfach von oben durchgesetzt werden: Sie erfordern den aktiven Beitrag und die Unterstützung der Bauerngemeinschaften – derjenigen, die das Land kennen. Wer gute Praktiken umsetzt, muss dafür belohnt werden. Das europäische Recht sollte flexibel genug sein, um pragmatische Einzelfalllösungen zu ermöglichen und gleichzeitig Landwirte bei der Einführung nachhaltiger Praktiken zu unterstützen und lokale Märkte zu fördern.

↘ **EINE GERECHTE TRANSFORMATION, DIE NIEMANDEN ZURÜCKLÄSST.**

Europas Strategie für den ländlichen Raum sollte einen starken Schwerpunkt auf die Erhaltung der Natur, der Artenvielfalt und der einzigartigen Landschaften der europäischen Gebiete legen. In vielen Fällen ist die Landschaft ein wichtiger Teil unseres Identitäts- und Verwurzelungsgefühls. EFA setzt sich dafür ein, die Landschaft als Teil des immateriellen Kulturerbes der europäischen Völker anzuerkennen und sicherzustellen, dass die Umweltziele mit dieser Anerkennung im Einklang stehen.

↘ **PROJEKTE FÜR ERNEUERBARE UND KOHLENSTOFFARME ENERGIEN IM EINKLANG MIT DEN LOKALEN GEMEINSCHAFTEN.**

Wir unterstützen den raschen Ausbau erneuerbarer und kohlenstoffarmer Energieprojekte. Diese sollten jedoch im Einklang mit den lokalen Gemeinschaften stehen: Projekte im Großmaßstab haben inakzeptable Auswirkungen auf die lokalen Gemeinschaften und können sogar selbst Umweltschäden verursachen. Es ist möglich, saubere Energie diskret und im Einklang mit den lokalen Bedürfnissen bereitzustellen.

Wir unterstützen das Ziel der Europäischen Kommission im Rahmen des Europäischen Green Deals und des Industriepfades, Europa bis 2050 zum ersten CO₂-neutralen Kontinent der Welt zu machen. Dies soll dazu beitragen, den globalen Temperaturanstieg unter dem im Pariser Abkommen genannten Ziel von 1,5 Grad zu halten. Regionen und Kommunen müssen jedoch die Flexibilität haben, ihre eigenen Strategien zu entwickeln, um diese gemeinsam vereinbarten Ziele zu erreichen: Die in Brüssel festgelegten Ziele können in verschiedener Weise erreicht werden, wobei die lokalen Bedürfnisse und Möglichkeiten berücksichtigt werden, die jede Region am besten kennt. Das Hauptaugenmerk sollte darauf liegen, unsere bestehenden Ziele mit fairen und realisierbaren Mitteln zu erreichen.



SOLIDARITÄT

↳ DER EU KOMMT EINE BESONDERE ROLLE BEI DER VERTEIDIGUNG DER RECHTE VON MINDERHEITEN IN DER GANZEN WELT ZU.

Wir wollen kein Europa, das vom Rest der Welt isoliert oder gleichgültig ist. Im Gegenteil: Wir glauben, dass die EU ein starker, unabhängiger und einflussreicher Akteur auf der Weltbühne sein kann. Die Welt von morgen wird von großen Machtblöcken wie den USA und den erweiterten BRICS-Volkswirtschaften (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und möglicherweise mehr) bestimmt. Nur eine geeinte und selbstbewusste EU wird in der Lage sein, ihre eigenen Interessen gegenüber diesen etablierten und aufstrebenden Großmächten durchzusetzen.

Solidarität, Frieden und Demokratie sollten die Leitprinzipien aller Maßnahmen der EU in der Welt sein. Die EFA strebt an, dass die EU eine besondere Rolle dabei spielt, sich weltweit für die Rechte von Minderheiten einzusetzen und anderen Ländern dabei zu helfen, Regierungsstrukturen aufzubauen, die es ihren Bürgern ermöglichen, frei über ihre Zukunft zu entscheiden. Wir wollen, dass die verbleibenden nicht selbstverwalteten Gebiete der Welt ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen können. Wir fordern eine größere Rolle der EU bei der Unterstützung der Menschen in Regionen wie Palästina, Kurdistan und der Westsahara, um die Einhaltung ihrer Rechte zu gewährleisten.

Auch innerhalb des Kontinents Europa selbst gibt es ungelöste Selbstbestimmungskonflikte. Die EU hat die Verantwortung übernommen, im Streit zwischen Kosovo und Serbien zu vermitteln. Das Gleiche sollte zwischen Armenien und Aserbaidschan in Bezug auf Berg-Karabach geschehen, insbesondere jetzt, wo Aserbaidschan das Gebiet gewaltsam annektiert und damit eine neue humanitäre Katastrophe verursacht. Darüber hinaus darf die EU nicht vergessen, dass es auch innerhalb ihrer eigenen Grenzen demokratische Fragen zu beantworten gibt. In EU-Gebieten, in denen

↘ **WIR MÜSSEN DER UKRAINE WEITERHIN JEDE ERDENKLICHE SOLIDARITÄT ZUKOMMEN LASSEN, ABER AUCH EINE STÄRKERE ROLLE BEI DER DIPLOMATISCHEN REAKTION ÜBERNEHMEN.**

die Menschen ihr Recht auf Autonomie oder Unabhängigkeit einfordern (einschließlich der Überseegebiete), sollte die EU in der Lage sein, mit hartnäckigen oder unwilligen Mitgliedstaaten zu verhandeln.

In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft wurde die EU durch die brutale, groß angelegte Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation erschüttert, die wir aufs Schärfste verurteilen. Es ist unerlässlich, dass wir der Ukraine weiterhin so viel Solidarität wie möglich entgegenbringen, unter anderem durch die

↘ **FRIEDEN IN EUROPA UND IN DER WELT, UNTERSTÜTZUNG DER MENSCHENRECHTE FÜR ALLE, EINSCHLIESSLICH DES RECHTS, SELBST ZU ENTSCHEIDEN.**

Bereitstellung von Schutz und Unterstützung für die Millionen Menschen, die durch den Krieg aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Allerdings muss die EU auch eine stärkere Rolle in der diplomatischen Vermittlung übernehmen, da dieser Konflikt nicht ausschließlich auf militärischem Boden gelöst werden kann.

Wir müssen jedoch hervorheben, dass wir die Regierung der Russischen Föderation und ihre politischen Verbündeten verurteilen und nicht das russische Volk selbst, von dem viele ebenfalls unter Putins Diktatur leiden. Ein Gerichtsverfahren wegen Kriegsverbrechen gegen Putin wäre ein Sieg für die unterdrückten Völker Russlands sowie für die Ukraine, Europa und die Welt.

Letztlich streben wir einen vollständigen Abzug der Truppen der Russischen Föderation aus dem gesamten Territorium der Ukraine an. Die EFA glaubt fest daran, dass Grenzen in Euro-

↘ **UNTERSTÜTZUNG DES WEGES DER UKRAINE ZUR EU-MITGLIEDSCHAFT SOWIE DER WESTLICHEN BALKANLÄNDER UND MOLDAWIENS.**

pa verändert werden können, jedoch niemals und unter keinen Umständen durch Zwang oder Gewalt. Wir lehnen den Anspruch des russischen Staates, im Namen der russischsprachigen Völker zu handeln, kategorisch ab: Ihre Invasion hat allen Völkern der Ukraine enormes Leid zugefügt, und ihre Handlungen stellen einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht dar. Die mit vorgehaltener Waffe abgehaltenen sogenannten „Referenden“ in den von Russland besetzten Gebieten sind keineswegs eine legitime Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung.

Wir unterstützen den Weg der Ukraine, des Westbalkans und Moldawiens in Richtung eines EU-Beitritts. Es gibt viele Gründe (historische, wirtschaftliche und strategische), warum diese Gebiete zur EU gehören, und auf dem Weg zu ihrem Beitritt sollten bedeutende Fortschritte erzielt werden. Dieser Prozess

erfordert jedoch auch ein echtes Engagement für Reformen und die Einhaltung europäischer Standards seitens der neuen Mitglieder: Bei den Werten und der Demokratie der EU darf es keine Kompromisse geben, insbesondere im Hinblick auf Minderheitenrechte. Staatenlose Nationen in der EU, die auf demokratische Weise unabhängig werden, sollen automatisch auch Mitglieder der Europäischen Union werden.

Die EU muss außerdem sicherstellen, dass sie den Menschen im Vereinigten Königreich niemals die Tür verschließt. EFA unterstützt das Recht Schottlands und Wales, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden: Nur durch die Unabhängigkeit werden Schottland, Wales und England selbst (und seine Regionen) in der Lage sein, ihre eigenen unterschiedlichen Interessen zu verfolgen und die Wünsche ihrer Bevölkerung zu erfüllen.



WOHLSTAND

↘ DEZENTRALISIERUNG DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG UND STÄRKERE REGIONALE BERÜCKSICHTIGUNG VON INVESTITIONSSTRATEGIEN

Keine der europäischen Regionen sind gleich. Jeder Ort in Europa hat seine eigenen, einzigartigen Bedürfnisse, Stärken und Möglichkeiten. Doch viele der wichtigsten Entscheidungen, die sich auf unser Wirtschaftsleben auswirken, werden von oben getroffen. EFA strebt eine dezentralisierte Entscheidungsfindung und eine stärkere regionale Fokussierung auf Investitionsstrategien an. Wir sollten auf den Stärken jedes einzelnen Standorts aufbauen und nicht die gleiche Formel auf alle anwenden.

Es ist an der Zeit, uns von dem zentralisierten Modell der Wirtschaft zu verabschieden, die in erster Linie den Interessen großer städtischer Gebiete dient. Stattdessen sollten wir sicherstellen, dass jede Region entsprechend ihren Bedürfnissen und Kapazitäten behandelt wird. Wir sollten die lokale Grundlage unserer Lieferketten verbessern, die Entwicklung der regionalen Industrie unterstützen und Arbeitsplätze in ländlichen und peripheren Gebieten schaffen.

Anstelle der zentralisierten Verteilung von EU-Mitteln unterstützt die EFA ein gerechteres System der Mittelverteilung: eines, bei dem jede Region Europas ihre eigenen Bedürfnisse bestimmen kann und sich keine Entscheidungen von oben aufzwingen lassen. Die Solidarität der EU muss zu Reformen und nachhaltigem Wachstum vor Ort führen. Gleichzeitig können viele grenzüberschreitende Bedürfnisse durch die Einrichtung neuer wirtschaftlicher und kultureller Makroregionen für Gebiete mit gemeinsamen Herausforderungen erfüllt werden. Die EFA steht auch für einen EU-Inselstatus, um maßgeschneiderte Unterstützung für die spezifischen Bedürfnisse von Inselgebieten bereitzustellen.

↘ EIN GERECHTERES SYSTEM DER MITTELVERTEILUNG: EIN SYSTEM, IN DEM JEDE REGION EUROPAS IHREN EIGENEN BEDARF BESTIMMEN KANN.

Die EFA stimmt dem Endziel zu, den Binnenmarkt zu vollenden und alle Teile der EU zu integrieren. Aber wir glauben, dass es möglich ist, dies mit größerer Sensibilität für regionale Bedürfnisse zu tun. Wir wollen zum Beispiel, dass alle EU-Mitgliedsstaaten dem Schengen-Raum beitreten, solange sie die (leistungsbezogenen) Bedingungen erfüllen – und das nicht nur, weil dadurch Lieferketten und Lieferzeiten über große Entfernungen erleichtert werden, sondern auch, weil Grenzregionen und ihre Gemeinschaften derzeit durch die Schengen-Grenze getrennt sind, was ihr wirtschaftliches und kulturelles Leben beeinträchtigt.

In der heutigen globalisierten Welt müssen europäische Unternehmen nicht nur vor Ort, sondern auch mit Produzenten auf der ganzen Welt konkurrieren – viele von ihnen sind dank niedrigerer Arbeitskosten, niedrigerer Umweltstandards und/oder staatlicher Unterstützung in der Lage, billiger zu produzieren. In den USA belasten der Inflation Reduction Act und andere neue protektionistische Maßnahmen die europäischen Exporte in die USA; Gleichzeitig stehen wir im Wettbewerb mit China, einem kommunistischen Staat, in dem die gesamte Industrie von staatlicher Unterstützung profitieren kann. Europa muss die veränderte globale Stimmung in Bezug auf den Freihandel erkennen und strategische öffentliche Investitionen in die europäische Industrie tätigen, um diese wettbewerbsfähig zu halten. Dazu gehören ein erneuter Vorstoß zur Diversifizierung des EU-Handels, ein entschiedeneres Vorgehen gegen Dumping auf unserem Markt, Lockerungen der Bedingungen für Industrie und KMU, die Einführung eines EU-Wettbewerbsfähigkeitschecks und die Stärkung ganzer Lieferketten – die oft grenzüberschreitend sind. Das ist selbstverständlich eine Aufgabe

↘ WIR WOLLEN, DASS ALLE EU-MITGLIEDSTAATEN DEM SCHENGEN-RAUM BEITRETEN KÖNNEN, SOFERN SIE DIE (LEISTUNGSBEZOGENEN) BEDINGUNGEN ERFÜLLEN.

auf europäischer Ebene, wird aber auch dazu beitragen, die lokale Wirtschaft anzukurbeln.

In allen Aspekten der Industriestrategie sollte Europa anerkennen, dass es derzeit in einigen Sektoren weltweit führend ist: insbesondere im Maschinenbau, in der Biotechnologie, in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie, im Tourismus, im Transportwesen sowie in Forschung und Entwicklung. Wir haben auch weltberühmte Häfen. Diese Sektoren sollten geschützt und zu einem nachhaltigen Wachstum beitragen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem Aufbau der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in wichtigen Zukunftsbereichen liegen sollte, wie etwa Pharma, Biotechnologie, emissionsfreie Fahrzeuge, Wasserstoffspeicherung, umweltfreundliche Landwirtschaft, nachhaltiger Tourismus und wichtige Technologiekomponenten wie Halbleiter und KI. Europa ist derzeit die Heimat der am besten ausgebildeten und hochqualifizierten Arbeitskräfte der Welt. Dies muss durch ein hohes Bildungsniveau, Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie eine sensible Industriepolitik gefördert werden, um unseren Platz in einer sich schnell entwickelnden Welt zu wahren.

EIN AUFRUF ZUM HANDELN: EIN EUROPA

FÜR
ALLE

Jede Nation und jedes Volk haben eine einzigartige Perspektive auf Europa. Unsere gemeinsame europäische Geschichte wird in einer Vielzahl von Sprachen erzählt – weit mehr als nur die 24 offiziellen Staatssprachen, die derzeit von den EU-Institutionen anerkannt werden. Um als Kontinent voranzukommen, brauchen wir mehr Stimmen, politischen Pluralismus und territoriale Selbstverwaltung für alle und überall. Dafür steht EFA.

Wir können die Welt nicht sicherer machen. Aber wir können sicherstellen, dass die EU nicht durch unrealisierbare Interessen des Establishments und technokratischen Zentralismus gebremst wird. Durch die Verteilung von Macht und Einfluss auf alle ihre Völker und Regionen kann die EU damit anfangen, im Interesse ihrer Bürger zu handeln – und nicht nur im Interesse einer Kombination der Interessen der Mitgliedstaaten.

Begleiten Sie uns in unserer Bewegung hin zu einem Europa, das wirklich in Vielfalt geeint ist: **ein Europa für alle.**



This material is financed with the support of the European Parliament (EP).
This information concerns only the author. The European Parliament is not
responsible for the use and content of the information. ©2024 European Free Alliance.

